

Lagenser Rat schließt sich „Trierer Erklärung“ an

Das Geheimgespräch und das Thema Remigration hat Proteste ausgelöst. Im Rat ging es um zwei Resolutionen, eine von der AfD.

Lage (sew). Der Rat hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen: Lage schließt sich der „Trierer Erklärung“ des Deutschen Städtetages an. Sie ist die Reaktion auf das Geheimgespräch in Potsdam, unter anderem mit AfD-Politikern, die Veröffentlichungen von „Correctiv“ und die Protestwelle – auch in Lage. Allerdings gab es im Rat durchaus auch andere Stimmen. Nicht Ausgrenzung, sondern Überzeugungsarbeit müsse geleistet werden. Die AfD stellte eine eigene Resolution zur Abstimmung.

Die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Aufbruch C hatten den Antrag für die „Trierer Erklärung“ zur Abstimmung gestellt. Martina Hannen (FDP) erinnerte daran, dass das Grundgesetz 75 Jahre alt geworden ist. „Wir wollen nicht polarisieren und ausgrenzen. Es geht darum, Haltung zu zeigen.“

In der „Trierer Erklärung“ heißt es unter anderem: „Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen von Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung und der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.“

Angelika Richter (FWG/BBL) hinterfragte allerdings, welche Beschlusskompetenz der Rat Lage überhaupt hat. Der Gemeinde komme keine Kompetenz zur Befassung mit allgemeinpolitischen Angelegenheiten zu. Ihre Fraktion lehne aus diesem Grund beide Resolutionen ab, denn auch die AfD hatte eine zur Abstimmung gestellt.

FWG/BBL enthalte sich nicht, sondern stimme nicht mit ab. Schapeler-Richter stellte klar: „Kein Grund ist allerdings, wie insbesondere die SPD mit ihrem „Vordenker“ nun wieder behaupten wird, weil wir rechtsradikal oder auch nur rechts sind. Die FWG/BBL ist eine parteiunabhängige, demokratische und ausschließlich kommunalpolitische Vereinigung für Lage. Zu den Problemen des Kreises, des Landes und des Staates haben wir und werden wir in Zukunft nicht Stellung nehmen.“

Die Resolution des Deutschen Städtetages sei auf Bundesebene sicherlich richtig und nachvollziehbar. „Der Meinung, dass Personen wie Höcke, Chrupalla, Krah und andere führende Köpfe der AfD außerhalb hinnehmbarer demokratischer Ansichten stehen, können wir uns ebenfalls anschließen.“

Anton Volk (FWG/BBL) gab zu Bedenken: „Die der Resolution innewohnende Pauschalierung auf alle Sympathisanten der AfD ist unseres Erachtens der falsche Weg der Auseinandersetzung.“ Alle über einen Kamm zu scheren, werde dazu führen, „dass Protestwähler nicht zurückgewonnen werden können“. „Wir müssen vielmehr Überzeugungsarbeit leisten.“

Der Rat stimmte mit großer Mehrheit trotzdem für die „Trierer Erklärung“, aber Fraktionsvorsitzender Steffen König (AfD) bestand auf Abstimmung über die Resolution seiner Partei. „Die Einleitung der Trierer Erklärung hat sich im Nachhinein als falsch erwiesen, und ‚Correctiv‘ selbst hat diese in der Folge widerrufen“, sagte Steffen.

Die Resolution der AfD sei ein klares Bekenntnis zur Demokratie. Extremismus in all seinen Erscheinungsformen – sei es politischer, religiöser, ethnischer oder ideologischer Extremismus –

werde nachdrücklich abgelehnt. Extremismus in all seinen Formen stelle eine ernsthafte und wachsende Bedrohung für den sozialen Frieden, die Sicherheit und die Grundwerte dar.

Erwartungsgemäß, die „Trierer Erklärung“ war ja bereits mit großer Mehrheit beschlossen worden, fiel die Resolution der AfD dann aber im Rat durch.